

Seite 2

CDU-Abgeordneter Stefan Kaufmann im Austausch mit dem Kfz-Gewerbe

Stefan Kaufmann, CDU-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Wasserstoffbeauftragter der Bundesregierung, hat die Emil Frey Schwabengarage in Stuttgart besucht, um sich mit Präsident Michael Ziegler und Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß über die aktuellen Herausforderungen des Kfz-Gewerbes auszutauschen.

Seite 3

ZDK-Bundestagung: Branche zwischen E-Mobilität und Bürokratie

Arne Joswig, Präsident unseres Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK), hat auf der 49. ZDK-Bundestagung in Frankfurt am Main den Startschuss für die Initiative „Elektrisch ist einfach“ gegeben. Influencerin Kim Truckenbrodt begleitet die Kampagne mit kurzen Video-Clips auf Social-Media-Kanälen, um Vorurteile gegen E-Fahrzeuge abzubauen.

Seite 4

Erstes Women's Leaderboard ist im Rahmen der Fachkräftestrategie gestartet

Im Rahmen der Fachkräftestrategie startete aktuell das erste Women's Leaderboard. Die Idee: Frauen im Kraftfahrzeuggewerbe zu sehen, zu vernetzen, Karriere-möglichkeiten auszubauen und so stark gegen den Fachkräftemangel vorzugehen. Als einer der ersten Schritte wurde nun das Webinar Frauenpower durchgeführt.

Den Puls der Politik spüren: Spitzengespräche in Berlin

Wichtige Politiker folgen Einladung ins Autohaus

DR. Anfang September reisten mehrere Vertreterinnen und Vertreter des baden-württembergischen Handwerks nach Berlin, um den politischen Entscheidungsträgern die Anliegen ihrer Branchen direkt zu übermitteln. Die Delegation von Handwerk BW, bestehend aus Spitzenvertretern von Handwerkskammern und Fachverbänden, nutzte den Besuch in Berlin, um ihre Positionen und Forderungen persönlich vorzutragen. Das Kfz-Gewerbe wurde durch unseren Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß repräsentiert.

Cem Özdemir bald zu Gast im Autohaus?

Für unsere Branche besonders wichtig war das persönliche Gespräch von Carsten Beuß mit Bundesminister Cem Özdemir im Rahmen einer Veranstaltung mit den Ampel-Landesgruppen. Dieses ermöglichte es, zentrale Themen des Kfz-Gewerbes direkt anzusprechen. Beuß lud den Spitzenpolitiker ein, in ei-

nem Autohaus den Dialog mit Branchenvertretern zu vertiefen. Der Bundesminister sagte spontan zu – ein wichtiger Schritt, um die Anliegen des Kfz-Gewerbes nachhaltig in der politischen Debatte zu verankern.

Sandra Detzer – Bürokratie im Fokus

Auch das Gespräch mit Sandra Detzer, wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, trug dazu bei, die Interessen des baden-württembergischen Kfz-Gewerbes mit Nachdruck zu vertreten. Beuß nutzte die Gelegenheit, um die Bürokratiebelastung der Betriebe zur Sprache zu bringen. Lieferketten, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Datenschutz, Vorgaben in der Werkstatt – all diese Anforderungen stellen die Unternehmen des Kfz-Gewerbes in einer ohnehin wirtschaftlich angespannten Lage vor erhebliche Herausforderungen. Beuß machte deutlich, dass wir inzwischen einen Punkt erreicht haben, an dem die Stimmung der Betriebe kippt

und die Belastung durch überbordende Bürokratie nicht mehr tragbar ist. Detzer zeigte Verständnis und verwies auf das geplante Bürokratieentlastungsgesetz 4. Darüber hinaus konnte Beuß auch mit Detzer ein persönliches Treffen in einem baden-württembergischen Autohaus vereinbaren.

CDU-Generalsekretär Linnemann: Sozial- und Klimapolitik auf dem Prüfstand

Ein weiteres politisches Schwergewicht, mit dem die Delegation in den Austausch trat, war Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU. Im Gespräch stand die nächste Bundestagswahl im Vordergrund: Wie will die CDU die Anliegen des Mittelstandes und der Handwerksbetriebe besser berücksichtigen? Unter anderem kamen die sozialen Herausforderungen zur Sprache, die durch die Transformation und steigende Sozialabgaben entstehen. Linnemann zeigte sich offen für die Sorgen des Handwerks und betonte, dass die CDU sich auf konkrete

Maßnahmen zur Begrenzung der Sozialabgaben konzentrieren werde. Zudem diskutierte die Delegation die Delegation die EU-Klimapolitik – ein Thema, das auch die Kfz-Betriebe besonders betrifft. Dabei wurde deutlich, dass die Klimaziele nur erreicht werden können, wenn die Menschen mitgenommen werden und der Mittelstand aktiv in die Umsetzung eingebunden wird. Beim Thema Technologievielfalt hatte sich die Union bekanntlich schon im Vorfeld klar positioniert.

Der persönliche Kontakt bleibt entscheidend

Die Delegationsreise nach Berlin hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Bedürfnisse der Kfz-Betriebe in direkten Gesprächen darzulegen. Die vereinbarten Anschlussgespräche in Autohäusern im Land sind ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass die Anliegen des Gewerbes in der politischen Debatte nicht nur wahrgenommen, sondern zumindest teilweise auch konkret umgesetzt werden.



Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß (r.) im Gespräch mit CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann (l.)



Bundesminister Cem Özdemir sagte spontan einen Besuch im Autohaus zu.



Intensiver Austausch: ZDH-Präsident Jörg Dittrich gab einen Blick hinter die Kulissen.



Lokalkolorit: CDU-Klimapolitiker und Landesgruppenchef Andreas Jung MdB freute sich über Impulse aus dem Kfz-Gewerbe.

Bundesinnungsverband will Geschäftsstellen trennen

CB. Mitte Oktober hat in Berlin eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Bundesinnungsverbandes stattgefunden. Hintergrund sind strukturelle Abweichungen im AÜK-System, die die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) bei der Geschäftsstellenbegutachtung des Bundesinnungsverbandes Ende August beanstandet hatte und die nun abzuarbeiten und zu schließen sind. Eine kritische Abweichung bezieht sich dabei auf die nach DAkKS-Meinung nicht ausreichende Abgrenzung des AÜK-Systems vom Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) und vom Zentralverband des Kraftfahrzeughandwerks (ZVK). Dies betrifft beispielsweise den ZDK/ZVK-Hauptgeschäftsführer oder den Bundesinnungsmeister, aber auch Mitarbeiter im AÜK-Team, die Doppelfunktionen innehaben.

Der ZVK ist der Bundesinnungsverband, dem nur die 14 Landesverbände angehören, der ZDK ist der gemeinsame Dachverband, dem beispielsweise auch die Händlerverbände angehören. Der ZVK ist Mitglied im ZDK. ZDK und ZVK sind also jeweils eigene juristische Personen, sie unterhalten aber seit rund 50 Jahren eine gemeinsame Geschäftsstelle. Nach außen tritt in der Regel nur der ZDK auf. Der ZVK als Bundesinnungsverband ist aber Träger der Inspektionsstelle, die die DAkKS akkreditiert hat. Um Lösungen zu finden, wie diese strukturelle Abweichung im System geschlossen werden kann, wurden zuletzt verschiedenen Modelle diskutiert, beispielsweise eine eigene Säule „AÜK“ im Bundesinnungsverband mit eigenem und verantwortlichem Geschäftsführer bei Beibehaltung einer gemeinsamen ZDK/

ZVK-Geschäftsstelle oder eine Entflechtung der gemeinsamen Geschäftsstelle von ZDK und ZVK mit einer Säule „AÜK“ im ZVK. Bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung des ZVK wurde nun zusätzlich ein Strukturvorschlag aus NRW eingebracht. Dieser beinhaltet die Trennung der gemeinsamen Geschäftsstelle von ZDK und ZVK. Beide Verbände sollen in der dann getrennten Geschäftsstelle jeweils einen Hauptgeschäftsführer bekommen; der ZVK-Hauptgeschäftsführer soll in Personalunion auch die Leitung des AÜK-Teams übernehmen. Die ZVK-Mitgliederversammlung hat nach intensiver Beratung mit knapper Mehrheit (sieben Landesverbände dafür, sechs dagegen, eine Enthaltung) beschlossen, das NRW-Modell weiterzuerfolgen. Dies beinhaltet den Auftrag an den ZVK-Vorstand, Vorschläge für die

konkrete Ausgestaltung dieses Modells in struktureller und personeller Hinsicht auszuarbeiten (wie soll die neue BIV-Geschäftsstelle aufgebaut sein, welche Themen soll sie bearbeiten, wie soll sie personell besetzt sein) und die wirtschaftlichen und rechtlichen Folgen (Beiträge, Arbeitsrecht, Steuerrecht, usw.) zu untersuchen. Zudem müssen die Gestaltungsoptionen mit dem ZDK verhandelt werden. Danach werden diese erneut innerhalb des ZVK zu beraten sein. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist daher sicherlich noch nicht gesprochen. Unser Verband wird sich in den Gesprächen strikt danach richten, welche Lösungen sachlich für die Mitglieder am effizientesten und kostengünstigsten ist und wie die Schlagkraft der Gesamtorganisation am besten erhalten werden kann.

CDU-Abgeordneter Stefan Kaufmann im Austausch mit dem Kfz-Gewerbe

DR. Stefan Kaufmann, CDU-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Wasserstoffbeauftragter der Bundesregierung, hat die Emil Frey Schwabengarage in Stuttgart besucht, um sich mit Präsident

wirtschaft und die speziellen Herausforderungen, die sich für das Kfz-Gewerbe in der laufenden Transformation ergeben. Besonders hervorgehoben wurde dabei die Rolle alternativer Antriebe.

Kaufmann brachte seine Erfahrungen als ehemaliger Regierungsbeauftragter ein. So war ein Diskussionspunkt die Bedeutung des Einsatzes von emissionsfreien Lösungen wie Wasserstoff für Nutzfahrzeuge.

Michael Ziegler verdeutlichte die wichtige Rolle des Kfz-Gewerbes für alle Fragen rund um die Mobilität. „Unsere Werkstätten und Autohäuser sind der Dreh- und Angelpunkt für alle Antriebsarten, sei es Elektro, Wasserstoff oder der klassische Verbrenner. Wir brauchen realistische Rahmenbedingungen und eine spürbare Entlastung

von der bürokratischen Überregulierung.“

Das Treffen bot zudem Gelegenheit, die alltäglichen Herausforderungen der Praxis zu beleuchten. „Nur im engen Dialog zwischen Politik und Wirtschaft können wir die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft der Automobilwirtschaft stellen“, so Ziegler.



Bild: Verband

Michael Ziegler und Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß über die aktuellen Herausforderungen des Kfz-Gewerbes auszutauschen. Unser Verband hatte Kaufmann eingeladen, um den Blick auf die Sorgen und Nöte der mittelständischen Kfz-Betriebe zu lenken.

Ein zentrales Thema des Treffens war die wirtschaftliche Situation der Automobil-

Lichtblick für die Verkehrssicherheit

Staatssekretärin Elke Zimmer und Verbandspräsident Michael Ziegler werben für den Licht-Test 2024

DR. Kurz nach dem offiziellen Start des Licht-Tests 2024 haben Verkehrsstaatssekretärin Elke Zimmer und Verbandspräsident Michael Ziegler die Wichtigkeit der Aktion unterstrichen. Bei einem Pressetermin zogen die beiden eine erste positive Bilanz der landesweiten Kampagne, die unter dem Motto „Sicher durch die Dunkelheit!“ steht.

„Sehen und gesehen werden – darauf kommt es im Straßenverkehr an, vor allem im Herbst und Winter“, erklärte Staatssekretärin Zimmer. „Bereits in der ersten Woche haben tausende Autofahrerinnen und Autofahrer in Baden-Württemberg ihre Fahrzeugbeleuchtung überprüfen lassen. Das zeigt, dass vielen bewusst ist, wie wichtig eine funktionierende Beleuchtung für die Verkehrssicherheit ist.“ Die Staatssekretärin fügte hinzu: „Einwandfreie und gut eingestellte Scheinwerfer erhöhen die Sicherheit für alle im Verkehr, besonders für die Verletzlichen unter ihnen: Menschen zu Fuß und auf dem Rad. Es freut mich zu sehen, dass diesem wichtigen Thema so viel Aufmerksamkeit geschenkt wird.“ Verbandspräsident Ziegler ergänzte: „Unsere Kfz-Meisterbetriebe stehen bereit, um die Fahrzeugbeleuchtung zu überprüfen. Eine korrekte Einstellung der Scheinwerfer ist entscheidend, um



Gemeinsam für Verkehrssicherheit: Staatssekretärin Elke Zimmer und Verbandspräsident Michael Ziegler.

andere nicht zu blenden und gleichzeitig die Straße optimal auszuleuchten. Zudem hilft der Licht-Test, mögliche Bußgelder zu vermeiden, die bei mangelhafter Beleuchtung drohen könnten. Es geht also nicht nur um Sicherheit, sondern auch darum, auf der rechtlich sicheren Seite zu sein.“

Die Statistiken der Vorjahre zeigen die Notwendigkeit der Aktion: 2023 wiesen mehr als 27 Prozent der überprüften Fahrzeuge Mängel an der Beleuchtung auf. Besonders kritisch: Fast jeder zehnte Autofahrer blendete andere Verkehrsteilnehmer durch falsch eingestellte Scheinwerfer.

Bild: Verband

Fahrerassistenzsysteme und Fahrzeugdaten für Freie Werkstätten im Fokus

BS. Zwei zentrale Entwicklungen in der Fahrzeugtechnik, die von vielen Werkstattunternehmern als Herausforderung empfunden werden, sind Fahrerassistenzsysteme sowie der Einfluss der Digitalisierung auf das Reparaturgeschäft. Diese beiden Themen standen denn auch bei der 8. Landestagung Freie Werkstätten unseres Verbandes in der FILharmonie Filderstadt im Fokus. Für beide hatte unser Verband mit Helge Kiebach vom Kraftfahrzeugtechnischen Institut (KTI) und Dominik Lutter vom Zentralverband des Kfz-Gewerbes hochkarätige Referenten gewonnen. Helge Kiebach machte die Teilnehmer darauf aufmerksam, dass bei den kommenden Autos mit hochautomatisierten Fahrfunktionen (Level 3 und 4) der Fahrer die Aufmerksamkeit vom Verkehr abwenden darf – und die volle Verantwortung für die Bewältigung der aktuellen Fahraufgabe beim Auto liegt. Kommt es dann zu einem selbst verschuldeten Unfall, dann trägt voraussichtlich der Fahr-



Bild: Rosenow – VCG

Helge Kiebach vom KTI informierte die Teilnehmer in Sachen Fahrerassistenzsysteme.

zeughersteller die Haftung – oder, wenn sich eine fehlerhafte Reparatur nachweisen lässt, die Werkstatt.

Im Vorfeld der Landestagung tagten die beiden Ausschüsse Freie Werkstätten und Technik/Sicherheit/Umwelt getagt. Hierbei konnten die gemeinsamen Herausforderungen der Betriebe aufgezeigt und diskutiert werden. Insbesondere wurden anstehende und zukünftige Entwicklungen beim Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen erörtert. Darüber hinaus wurde ein Meinungsbild zur Neuordnung des Berufsbildes Kfz-Mechatroniker eingeholt.

Landesmobilitätsgesetz

Kritische Stellungnahme unseres Verbandes

DR. Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg hat kürzlich den Entwurf eines Landesmobilitätsgesetzes (LMG) vorgelegt, das die Zukunft der Mobilität in unserem Bundesland gestalten soll. Das erklärte Ziel ist eine nachhaltige, leistungsfähige und klimafreundliche Mobilität. Ein zentrales Element ist der Mobilitätspass, der Kommunen neue Finanzierungsmöglichkeiten für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bieten soll. Unser Verband hat dazu eine Stellungnahme eingereicht, in der wir erhebliche Bedenken äußern und Nachbesserungen fordern.

Kritik an der Mobilitätsabgabe

Ein Hauptkritikpunkt betrifft die geplante Mobilitätsabgabe, insbesondere die Halterabgabe für Kraftfahrzeuge. Diese würde unsere Branche stark belasten, insbesondere Kfz-Betriebe mit Vorführwagen und Tageszulassungen. Für größere Autohäuser könnten jährliche Zusatzkosten in erheblicher Höhe entstehen. Wir fordern den Verzicht auf die Halterabgabe oder mindestens Ausnahmeregelungen oder Obergrenzen für das Kfz-Gewerbe, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Problematik der Drittnutzerfinanzierung

Die Mobilitätsabgabe stellt eine Form der Drittnutzerfinanzierung dar, die wir ablehnen. Sie greift in die Wahlfreiheit der Bürger ein und bevorzugt den ÖPNV auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmer. Eine solche Quersubventionierung ist aus wirtschaftlicher Sicht und aus Gründen der Fairness problematisch.

Einseitige Förderung des ÖPNV

Der Gesetzentwurf fokussiert einseitig auf den Ausbau des ÖPNV und vernachlässigt den Individualverkehr. Besonders in ländlichen Regionen, wo der ÖPNV oft

keine Alternative darstellt, ist eine differenzierte Betrachtung erforderlich. Der Entwurf ignoriert somit die Mobilitätsbedürfnisse großer Teile der Bevölkerung außerhalb der städtischen Zentren.

Mangelnde Technologieoffenheit

Der Entwurf berücksichtigt das Potenzial klimaneutraler Technologien im Individualverkehr nicht ausreichend. Unsere Branche leistet bereits einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz durch die Förderung von E-Mobilität und alternativen Antrieben. Eine stärkere Unterstützung, etwa für Wasserstoffantriebe und alternative Kraftstoffe, wäre sinnvoll.

Bürokratische Belastungen

Die Regelungen würden zu erheblichem bürokratischem Mehraufwand führen, sowohl für die Verwaltung als auch für die betroffenen Betriebe. Dies widerspricht den Bestrebungen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen.

Vernachlässigung der Ladeinfrastruktur

Der Gesetzentwurf adressiert die Notwendigkeit einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe nicht ausreichend. Der Ausbau dieser Infrastruktur ist entscheidend für eine klimafreundliche Mobilität und sollte dringend verstärkt werden.

Unsere Forderungen

Wir fordern den Verzicht auf die Mobilitätsabgabe oder zumindest Ausnahmeregelungen für Kfz-Betriebe. Zudem plädieren wir für eine ausgewogene Förderung aller Verkehrsträger, stärkere Unterstützung klimaneutraler Technologien, den Abbau bürokratischer Hürden und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Unser Verband wird den Gesetzgebungsprozess intensiv begleiten und sich für die Interessen des Kfz-Gewerbes einsetzen.



Verband

Die Mitglieder beider Ausschüsse – eine starke Truppe.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann

DR. In dieser Interview-Reihe stellen wir jeweils fünf Fragen zu aktuellen Themen des Kfz- und Tankstellengewerbes. Heute: Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Wir wollen von ihm wissen:

Herr Ministerpräsident Kretschmann, das Kfz-Gewerbe ist mit rund 4.000 Betrieben und über 80.000 Beschäftigten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Baden-Württemberg. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit unserem Verband und welche Bedeutung messen Sie dem Kfz-Gewerbe als zentrale Schnittstelle zu den Kunden bei der Gestaltung der Mobilität der Zukunft bei?

Im Kfz-Gewerbe arbeiten sehr viele Menschen in Baden-Württemberg, es ist eine wichtige Säule unserer Automobilwirtschaft. Deswegen nimmt die Branche alle Veränderungen im Markt wie ein Seismograph sofort wahr. Die vielen Autohäuser und Werkstätten passen sich dem Wandel der Automobilwirtschaft an, die Digitalisierung und die Elektrifizierung krepeln bisherige Geschäftsmodelle um. Das ist eine echte Herkulesaufgabe. Ich schätze es deswegen sehr, dass sich der Verband des Kraftfahrzeuggewerbes aktiv in unseren Strategiedialog Automobilwirtschaft einbringt. Der Strategiedialog bietet etwa mit der Lotsenstelle Transformationswissen BW wertvolle Unterstützung bei der Weiterqualifizierung von Beschäftigten. Und auch mit Beratungsgutscheinen oder dem „Zukunftsscheck Kfz-Gewerbe“ greifen wir den Unternehmen unter die Arme.

Sie haben Bürokratieabbau zur Chefsache erklärt. Trotzdem fühlen sich viele unserer Mitglieder von immer neuen und komplexen Vorschriften erdrückt. Wie kann man hier effektiv gegensteuern?

Das verstehe ich sehr gut, denn unseren Verwaltungen geht es ganz genauso. Ich kämpfe an allen Fronten gegen unnötige oder schlecht gemachte Gesetze. Auf Landesebene haben wir auch schon viel erreicht: Bauen wird



Bild: Staatsministerium

viel einfacher, Genehmigungen erfolgen schneller, mit „i-Kfz“ können Fahrzeuge online zugelassen werden. Bei der Windkraft haben wir die Genehmigungszeiten von sieben Jahren auf sieben Monate verkürzt. Aber die meisten Regeln werden nun mal auf Bundes- oder EU-Ebene erdacht. Dort müssen wir das Mindset ändern: Es braucht innovationsfreundliche Gesetze, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken. Daher müssen die Unternehmen von der EU mitgenommen werden, noch bevor neue Gesetze auf den Weg gebracht werden.

Die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen ist oft langwierig. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Prozess zu beschleunigen und damit dem Fachkräftemangel zu begegnen?

Hier müssen wir an mehreren Stellen ansetzen: Zuerst brauchen wir eine gute

Beratung, damit die Fachkräfte gleich in das richtige Verfahren einsteigen. Als Land haben wir schon 2014 einen gesetzlichen Anspruch auf Anerkennungsberatung geschaffen und wir unterstützen die Beratungsstruktur finanziell. Aber klar ist, dass wir bei der Anerkennung schneller werden müssen. Das geht vor allem mit Hilfe der Digitalisierung und mit Gesetzen, die auch bundesweit gelten. Die Landesregierung wird eine neue Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften einrichten. Sie soll beim beschleunigte Fachkräfteverfahren auch Beratung bei der Anerkennung ausländische Berufsqualifikationen anbieten. Notwendige Qualifizierungsmaßnahmen gibt es schon heute auf dem Weiterbildungsportal des Landes www.fortbildung-bw.de. Hier veröffentlichen 1.500 öffentliche und private Bildungsanbieter hierzulande mehr als 60.000 Weiterbildungsangebote.

Die Digitalisierung der Verwaltung, beispielsweise bei Kfz-Onlinezulassungen, kommt nur schleppend voran. Wie wollen Sie Behörden im Bereich Digitalisierung schnell fit für die Zukunft machen?

Das ist eine Daueraufgabe, die wir mit vollem Einsatz angehen. Unser großes Ziel bei der Digitalisierung der Verwaltung ist eine echte Ende-zu-Ende-Digitalisierung und eine flächendeckende Versorgung mit Onlinediensten. Natürlich ist das bei über 1.000 Kommunen ein echtes Mammutprojekt. Wir müssen dafür ganz neue Wege beschreiten, alte Prozesse neu denken. Schon jetzt unterstützen wir unsere Landkreise, Städte und Gemeinden dabei tatkräftig. Als Landesregierung haben wir in jedem Kreis schon eine Stelle für die E-Government-Koordinierung geschaffen, die ihre Kommunen bei der Umsetzung des On-

linezugangsgesetzes und bei anderen Digitalisierungsaufgaben unterstützt. Das alles wird nur dann gelingen, wenn alle Beteiligten zusammenarbeiten, viele Rädchen ineinandergreifen. Und an einigen Stellen haben wir es auch schon geschafft – beispielsweise beim Onlinedienst „i-Kfz“ zur Kraftfahrzeugzulassung, zur Ummeldung und zur Abmeldung.

Die Gründungsbereitschaft im Handwerk sinkt dramatisch. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um Hürden für Betriebsgründungen und -übernahmen abzubauen?

Gründungsbereitschaft hat viel mit Motivation zu tun. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Unternehmergeist wecken, wieder mehr Lust auf das Unternehmertum machen. Dieses Thema ist für die Landesregierung sehr wichtig und wir bringen uns hierbei aktiv ein. Zum Beispiel setzt die Landeskampagne „Start-up BW“ dafür schon in den Schulen an: Im Rahmen von „Start-up BW Young Talents“ arbeiten Schülerinnen und Schülern an Ideen für morgen, sie entwickeln Kompetenz für unternehmerische Herausforderungen. Auch die Meistergründungsprämie ist ein wichtiger Baustein, ganz speziell für das Handwerk. Bei den bürokratischen Hürden kommt es aber darauf an, wo wir als Land überhaupt am Hebel sitzen. Wir sind deshalb gemeinsam mit der Bundesregierung am Thema dran. Mit dem Bundeswirtschaftsministerium und mit Nordrhein-Westfalen machen wir einen Praxis-Check zum gesamten Gründungsprozess – und zwar gemeinsam mit erfolgreichen Gründerinnen und Gründern. Wir holen uns die Praxisperspektive also direkt mit an den Tisch.

ZDK-Bundestagung: Branche zwischen E-Mobilität und Bürokratie

DR. Arne Joswig, Präsident unseres Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK), hat auf der 49. ZDK-Bundestagung in Frankfurt am Main den Startschuss für die Initiative „Elektrisch ist einfach“ gegeben. Influencerin Kim Truckenbrodt begleitet die Kampagne mit kurzen Video-Clips auf Social-Media-Kanälen wie TikTok, Instagram und Facebook, um Vorurteile gegen E-Fahrzeuge abzubauen. Joswig rief dazu auf, die Videos auf allen Kanälen zu teilen und auch die Websites der Autohäuser und Werkstätten zu nutzen.

Prof. Dr. Stefan Reindl vom Institut für Automobilwirtschaft beschrieb in seiner Keynote die Marktlage als problematisch, da es an kleinen und bezahlbaren E-Fahrzeugen fehlt. Eine Verbesserung der Ladeinfrastruktur und verlässliche Rahmenbedingungen seien entscheidend. In einer Diskussion kritisierten die ZDK-Vizepräsidenten Thomas Peckruhn und Detlef Peter Grün die ausufernde Bürokratie im Vergleich zu Nachbarländern. Weitere Themen waren die Regulierung des Zugangs zu Fahrzeugdaten und die Forderung nach Technologieoffenheit bei Antriebssträngen, inklusive

der Nutzung von alternativen Kraftstoffen.

Prof. Dr. Andreas Rödder ging in seiner Keynote „Das Ende der grünen Hegemonie“ ausführlich auf den aktuellen gesellschaftlichen Zeitgeist ein, den er als zu stark ideologisch geprägt kritisierte. Er betonte, dass viele Diskussionen zu einseitig geführt würden, und forderte mehr Offenheit für verschiedene Ansätze. Insbesondere kritisierte er die Tendenz, alternative Sichtweisen zu marginalisieren, was seiner Meinung nach zu einer Verengung des gesellschaftlichen Diskurses führt. Rödder plädierte dafür, mehr Meinungspluralität zuzulassen, insbesondere in den Debatten um Umwelt- und Klimafragen.

Hessens Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori, der die Veranstaltung eröffnete, hob die Bedeutung des Wirtschaftsstandorts Deutschland hervor und betonte die Notwendigkeit günstigerer Energiepreise. „Wir müssen den Standort Deutschland für Industriebetriebe attraktiv halten“, sagte Mansoori. Jörg Michael Müller, verkehrspolitischer Sprecher der CDU im hessischen Landtag, versprach, im Falle eines Wahl-



Bild: ProMotor

ZDK-Präsident Arne Joswig (2.v.l.) mit Vizepräsidenten Thomas Peckruhn (l.) und Detlef Peter Grün (2.v.r.) sowie ZDK-Hauptgeschäftsführer Dr. Scheel (r.) diskutieren Zukunftsfragen der Automobilbranche: Technologieoffenheit, Regulierung und bezahlbare E-Mobilität stehen im Fokus. Die Tagung thematisierte zudem Bürokratieabbau, die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland sowie die Bedeutung von Meinungsvielfalt in Umweltdebatten.

sieges viele Fehlentscheidungen der Vergangenheit korrigieren zu wollen. „Wir setzen auf weniger Regulierung und mehr Vertrauen in die Unternehmen.“ Dr. Christian Jung, FDP-Landtagsabgeordneter aus Baden-Württem-

berg, bekräftigte die Bedeutung der Technologieoffenheit: „Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir den Verbrennungsmotor in Kombination mit alternativen Kraftstoffen weiterdenken.“

GFK-Rechtsschutz – ein Muss für jeden Fabrikatsbetrieb

CB. Das Kfz-Gewerbe bietet Innungs- und Verbandsmitgliedern über die GFK seit vielen Jahren umfassenden Rechtsschutz bei Streitigkeiten mit Herstellern, Importeuren oder Vertriebshändlern, einschließlich Gerichtsverfahren und Insolvenzplanverfahren, um die Geschäftskontinuität der Autohäuser zu sichern. Der Versicherungsträger ist die Neue Rechtsschutz aus Mannheim. Wir haben dazu mit Christian Stettner von der Nürnberger AutoMobil gesprochen.

NÜRNBERGER
AutoMobil
Versicherungsdienst GmbH

Welche Arten von Streitigkeiten und Ansprüchen sind durch die Versicherung abgedeckt? Gibt es Ausschlüsse?

Die Versicherung deckt Streitigkeiten vor deutschen Zivilgerichten aus Händlerverträgen, einschließlich der Geltendmachung von Ausgleichsansprüchen nach § 89b HGB, ab. Ausgeschlossen sind rechtliche Interessen aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile. Damit sind die häufigsten und kostenintensivsten Streitigkeiten der Autohäuser abgedeckt.

Was beinhaltet der Versicherungsschutz für Insolvenzplanverfahren, und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Der Versicherungsschutz für Insolvenzplanverfahren greift, wenn ein Insolvenzplan an das Insolvenzgericht vorgelegt wurde und eine versicherte Forderung aus dem Händlervertrag enthalten ist. Der Schutz beginnt nach zwei Jahren und hilft insolventen Autohäusern, im Markt zu bleiben und ihre Sanierungschancen zu erhöhen.

Was sind die Verpflichtungen der versicherten Innungsmitglieder in Bezug auf die Schadenmeldung und wie erfolgt die Entscheidung über die Gewährung von Versicherungsschutz?

Schadenmeldungen sind an die GFK zu richten, die Entscheidung über den Versicherungsschutz erfolgt durch die NRV. Dies gewährleistet eine strukturierte und effiziente Abwicklung von Schadenfällen, damit Autohäuser schnelle und verlässliche Unterstützung erhalten.

Ausführliche Informationen erhalten Sie unter www.gfk-rechtsschutz.de oder per E-Mail an christian.stettner@nuernberger-automobil.de.

Ihr Ansprechpartner:
NÜRNBERGER
AutoMobil Versicherungsdienst GmbH
Christian Stettner
Ostendstraße 100, 90482 Nürnberg
Telefon 0911-5313247,
Mobil 0151-53840997
E-Mail:
christian.stettner@nuernberger-automobil.de

Erstes Women's Leaderboard ist im Rahmen der Fachkräftestrategie gestartet

RB. Im Rahmen der Fachkräftestrategie startete aktuell das erste Women's Leaderboard. Die Idee: Frauen im Kraftfahrzeuggewerbe zu sehen, zu vernetzen, Karrieremöglichkeiten auszubauen und so stark gegen den Fachkräftemangel vorzugehen. Als einer der ersten Schritte wurde nun das Webinar Frauenpower durchgeführt.

Es war ein besonderer Tag für das Kfz-Gewerbe: 21 Frauen kamen im August zum ersten Women's Leaderboard in

Berlin zusammen. Das Ziel: den Frauenanteil im Kfz-Gewerbe zu erhöhen. Die Teilnehmerinnen wollen Netzwerke aufbauen, Mentoring anbieten und als Vorbilder andere Frauen im Kfz-Gewerbe inspirieren. Weitere Treffen sind bereits geplant. Mit einer Kampagne für mehr Frauen im Kfz-Gewerbe wirbt der ZDK zudem derzeit bundesweit, auf Länderebene und regional für unsere Berufe in Autohäusern und Werkstätten: Hier geht es zu den Postings auf Instagram.



Neue Social-Media-Kampagne

„Elektrisch ist einfach“

DR. Angesichts der dramatischen Einbrüche bei den Zulassungen von batterieelektrischen Fahrzeugen will der Zentralverband Deutsches Kfz-Gewerbes (ZDK) mit einer neuen Kampagne „Elektrisch ist einfach“ Neugierde für die Elektromobilität gerade bei jungen Menschen wecken. „Mit der Kampagne ‚Elektrisch ist einfach‘ wollen wir das Thema Elektromobilität auf eine informative und humorvolle Art und Weise gerade für junge Menschen attraktiv machen. Wir sehen uns hier momentan in einer Vorreiterrolle“, so ZDK-Präsident Arne Joswig bei der Vorstellung der Kampagne gegenüber dem Messepublikum auf der Messe Automechanik in Frankfurt/Main, der weltweit größten Aftermarket Messe der Automobilwirtschaft und ihrer Zulieferer.

Die neue Social-Media-Kampagne soll vor allem junge Menschen für das Thema Elektromobilität begeistern, ihnen viele Fragen rund ums Fahren, Laden und Technik beantworten und Vorbehalte abbauen. Auf den Plattformen TikTok, Instagram, X (ehemals Twitter) und Facebook begleitet die Influencerin Kim Truckenbrodt die User auf einer spannen-

den Entdeckungsreise rund um die E-Mobilität. Die ersten vier Clips der Kampagne sind bereits auf den Social-Media-Kanälen und der Website des ZDK abrufbar. Insgesamt werden vorerst 20 Videoclips bis Jahresende im Rahmen der Kampagne produziert. „Die Politik muss jetzt für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen, denn das kommende Jahr wird das Jahr der Entscheidung, ob nun die Elektromobilität hoppt oder floppt“, so Joswig abschließend.

Der ZDK stellt in einem Fünf-Punkte-Programm Forderungen auf, die zum Erfolg führen sollen.

Hierzu gehören:

- 1.) Ausbau der Ladeinfrastruktur, gerade auch in Wohngebieten, da die wenigsten Haushalte über eigene Garagen und Stellplätze für eine eigene Wallbox verfügen. Hierzu gehört beispielsweise das einfache zu realisierende „Laternenladen“ mit geringem Ladestrom für längere Parkzeiten.
- 2.) Günstige Stromtarife für Ladestrom. Angesichts der im europäischen Vergleich sehr hohen Stromkosten in Deutschland müssen zumindest die Ladedarfen dauerhaft deutlich gesenkt werden, um diese neue Mobilitätsform anzureizen.
- 3.) Kostenfreies Parken für Elektrofahrzeuge durch Kommunen und Gemeinden, um zusätzliche Anreize für Elektromobilität in Innenstädten zu schaffen.
- 4.) Fortführung der Spreizung der Dienstwagensteuer nach Antriebsarten, nämlich für BEV (0,25%) und PHEV (0,5%), um Anreize zur Flottenerneuerung durch elektrische Antriebe langfristig sicherzustellen.
- 5.) Wiederaufnahme einer Förderung von Elektrofahrzeugen, insbesondere für junge Menschen, die am Anfang ihrer beruflichen Karriere und Ausbildung stehen und auf Automobilität angewiesen sind.



Bild: Nürnberger

Wie lange beträgt die Wartezeit für den Versicherungsschutz und was ist die maximale Versicherungssumme pro Rechtschutzfall?

Die Wartezeit beträgt drei Monate und die maximale Versicherungssumme pro Rechtschutzfall liegt bei 250.000 Euro, was den Autohäusern finanzielle Sicherheit und eine verlässliche Rechtsabsicherung bietet.

Welche Selbstbeteiligungsvarianten bietet die GFK an und wie unterscheiden sich diese?

Die GFK bietet zwei Selbstbeteiligungsvarianten mit festen Mindestbeträgen an, die je nach finanzieller Lage und Risiko angepasst werden können.

Können Sie ein Beispiel für einen Fall erläutern, in dem die GFK rechtlichen Beistand geleistet hat, und die damit verbundenen Kosten?

Ein Beispiel ist das Autohaus A, das gegen einen Hersteller wegen unberechtigter Kündigung des Servicepartnervertrages klagte. Der Streitwert betrug rund 2,6 Millionen Euro und das Verfahren wurde mit einem Vergleich abgeschlossen. Die Gesamtkosten für die NRV betragen 83.750 Euro, was zeigt, wie wichtig der Versicherungsschutz der NRV ist, um hohe finanzielle Risiken zu bewältigen.

IMMER EINE NASENSPITZE VORAUSS!

SCHNELL. SCHLAU. DIGITAL.

Vorteile, die sich bezahlt machen.
Seien Sie vorne mit dabei und werden Sie jetzt Bank11 Partner.

BANK 11

JETZT PARTNER WERDEN!